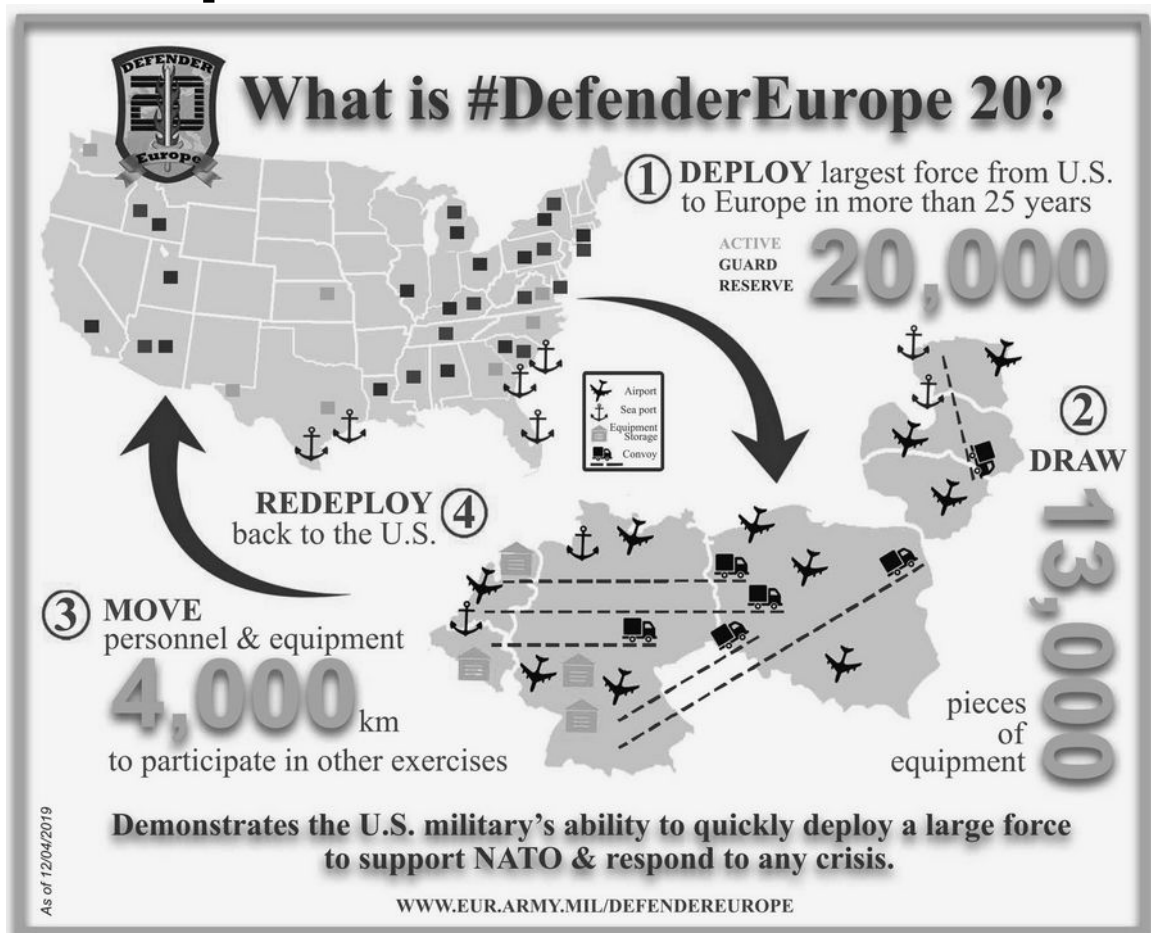


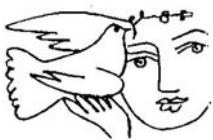
FRIEDENS JOURNAL



Statt Kriegsvorbereitung: Kooperation mit Russland!



- Vor 30 Jahren: Keine Osterweiterung der NATO!
- RT Deutsch: Kreml-Sprachrohr oder medialer Lückenfüller?
- Defender 2020: Testmobilmachung gegen Osten
- Deutsch-russische Friedenstage in Bremen
- Friedensratschlag 2019: Viel Diskussions- und Handlungsbedarf



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Jan. - Feb. 2020/Nr. **1**

Inhalt

SCHWERPUNKT

Vor 30 Jahren: Keine Osterweiterung der NATO! 3

RT Deutsch: Kreml-Sprachrohr oder medialer Lückenfüller? 8

Defender 2020: Testmobilmachung gen Osten 10

FRIEDENSBEWEGUNG

Deutsch-russische Friedenstage in Bremen 7

Friedenszug nach Moskau – ein Projekt der Zivilgesellschaft 12

IG Metall gegen die 2 Prozent-Aufrüstung 13

Friedensratschlag 2019: Viel Diskussions- und Handlungsbedarf 14

RUBRIKEN

Reden von Putin 2001 und 2007 6

Friedensratschlag 2019 zu Defender 2020 11

Jahrestage 2020 und Aktionstermine 12

Aufruf zu Großdemo gegen Münchner Sicherheitskonferenz 2020 16

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 1.1.2020
Die nächste Ausgabe ist geplant für den 6.3.2020

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internetausgabe des Friedensjournals:
auf www.frieden-und-zukunft.de
einschließlich digitalem Archiv ab 2010.
ISSN 2193-9233

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:
Christine Buchholz, Lühr Henken,
Werner Ruf, Horst Trapp, Ewald Ziegler,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 – 77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

Statt Kriegsvorbereitung: Kooperation mit Russland!

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr 2020 beinhaltet einige Gedenktage für die Friedensbewegung, insbesondere den 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und damit zusammenhängende weitere Stichtage. In unserem ersten Beitrag dieser Ausgabe geht es aber um einen Blick 30 Jahre zurück auf das Jahr 1990, wo das Ende des Kalten Krieges besiegelt und ein Neuanfang für Frieden und Zusammenarbeit in Europa auf der Tagesordnung stand. Warum daraus nichts geworden ist, wird von Andreas Zumach dargestellt, der damals in direktem Kontakt mit beteiligten Politikern stand, die am Abschluss der Charta von Paris und dem 2+4-Vertrag direkt beteiligt waren.

Doch dann erfolgte einige Jahre später mit der NATO-Osterweiterung die Weichenstellung für konfrontative Beziehungen zu Russland, was sich seit dem Ukraine-Krim-Konflikt 2014 drastisch beschleunigt hat.

In der Bewertung der russischen Politik gibt es heute auch innerhalb der Friedensbewegung unterschiedliche Meinungen, die vor allem die Bewertung der Krim-Angliederung betreffen (Annexion ja oder nein) sowie die Rolle Russlands in der Ostukraine und bei den Konfliktherden im Nahen Osten, insbesondere in Syrien. Dazu gibt es vor allem seit der Ukraine-Krise ein mediales Trommelfeuer, stark personalisiert gegen Präsident Putin.

Doch wo liegt die Wahrheit zwischen Russophobie und unkritischer Haltung zur russischen Politik?

Mehrere Ansätze sind dazu notwendig. Zum einen muss der medialen Einsichtigkeit auch die objektive Information über Sichtweisen der russi-

schen Politik gegenüber gestellt werden. Beispielhaft dafür stehen die Reden, die Putin Ende 2001 im Deutschen Bundestag und im Februar 2007 vor der Münchner Sicherheitskonferenz gehalten hat. Wir haben Auszüge daraus abgedruckt. Vor allem richtet sich eine mediale Hetze gegen den russischen TV-Kanal im Internet: RT Deutsch, der vor mehr als fünf Jahren auf Sendung ging. Dessen Chefredakteur Rodionov stellte sich einigen kritischen Interviewfragen.

Zum anderen müssen zivilgesellschaftliche Projekte für kulturellen und politischen Austausch mit Russland entwickelt werden. In Bremen hat man diesen Versuch gestartet durch die Gründung eines eigenen Vereins für regelmäßige deutsch-russische Friedenstage. Nachdem die ersten Friedenstage im November letzten Jahres recht erfolgreich waren, folgt im Februar die zweite Veranstaltungsreihe. Sönke Hundt vom Bremer Friedensforum stellt diese Aktivitäten und den politischen Kontext kurz vor. Ein weiteres Projekt dieser Art ist der für Anfang September d.J. geplante Friedenszug nach Moskau. Reiner Braun hat uns dazu einige Vorabinfos zur Verfügung gestellt.

Natürlich sind Russophobie und NATO-Kriegsübungen wie demnächst das Großmanöver Defender 2020 gegen Russland nur eines von vielen Themen der Friedensbewegung. Diese kamen auch bei dem letzten Friedensratschlag in Kassel wieder umfänglich zur Sprache. Dass viel Diskussions- und Handlungsbedarf bestand, der in künftigen Vernetzungstreffen fortgesetzt werden sollte, ist das Fazit des Berichtes von Karl-Heinz Peil.

Die Redaktion

Ratschlagsbuch 2018

25 Jahre Friedensratschlag Kassel:
Verunsicherungen trotzen
Konfliktanalysen und Lösungsansätze
aus der Friedensbewegung

Autor*Innen:

Ralf Becker * Reiner Braun * Erhard Crome * Andreas Fisahn * Yavuz Fersoglu * Rolf Gössner* Jürgen Grässlin * Lühr Henken * Kristine Karch * Claus-Dieter König * Marion Küpker * Reinhard Lauterbach * Walter Listl * Ramazan Mendalioglu * Klaus Moegling * Michael Müller * Norman Paech * Marius Pletsch * Alain Rouy * Werner Ruf * Ulrich Schneider * Ingar Soltz * Hans-Christof Graf von Sponeck * Marlis Tepe * Achim Wahl

Kasseler Schriften
zur Friedenspolitik

Lühr Henken (Hrsg.)

25 Jahre Friedensratschlag Kassel

Verunsicherungen trotzen

Konfliktanalysen und Lösungsansätze
aus der Friedensbewegung



JENIOR

In eigener Sache

Wir bitten die Leser*Innen um Überweisung eines jährlichen Soli-Beitrages. Wegen der deutlich gestiegenen Portokosten sollten die bisherigen 15 Euro nur als Mindestbetrag angesehen werden.

Eine entsprechende Zahlkarte liegt in der Ausgabe für Abonnenten bei.

Leser*Innen aus Baden-Württemberg zahlen direkt beim Friedensnetz.

Vor 30 Jahren: Keine Osterweiterung der NATO!

Interview mit Andreas Zumach, UNO-Korrespondent in Genf über die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen

Das Interview entstand am Rande einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung am 25.11.2019 bei den ersten Deutsch-russischen Friedenstagen in Bremen. Das Interview führte Barbara Heller vom Bremer Friedensforum (siehe Foto Seite 4).

B.H.: *Wie empfindest du derzeit die Situation zwischen Deutschland und Russland?*

A.Z.: Wir sind in einer Phase der Konfrontation, wie wir das seit 1989-1990 nicht mehr gewesen sind. Es gibt einige Konfliktstoffe: die Situation in der Ost-Ukraine, die Krim, aber auch Kritik am russischen Verhalten im Nahen Osten, speziell in Syrien. Wir sind in einer Phase der Neu-Aufrüstung gegen Russland. Das betrifft sowohl Deutschland selbst wie auch in seiner Rolle im NATO-Verbund. Wir haben das Dilemma, dass es weniger zivilgesellschaftliche Kontakte gibt, damit auch immer weniger Wissen und mehr Entfremdung bei nachwachsenden jungen Leuten gibt.

B.H.: *Welche Rolle spielen dabei Sanktionen?*

A.Z.: Die Wirtschaftssanktionen sind ja verhängt worden durch die USA und die EU als Reaktion auf die Annektion der Krim 2014. Ich war damals schon der Meinung, dass dieses ein völlig verfehltes Instrument ist, gemessen an dem offiziell erklärten Ziel, die Ukraine-Politik von Präsident Putin zu verändern. Man hat mit diesen Sanktionen zwar die russische Wirtschaft beschädigen können, jedoch hat Russland im Gegenzug selbst Sanktionen verhängt, u.a. für Agrarprodukte aus der EU, was wiederum hier zu wirtschaftlichen Einbußen geführt hat. Der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft war von Anfang an Kritiker der Sanktionen. Vor allem Washington drängt aber darauf, diese Sanktionen beizubehalten und sogar noch zu verschärfen.

B.H.: *Die von dir beschriebene Situation steht ja in völligem Widerspruch zu dem, was 1990 auf dem KSZE-Sondergipfel mit der Charta von Paris an Hoffnungen und Zukunftsaussichten formuliert wurde und gar nicht mehr im*

Bewusstsein der Menschen vorhanden ist.

A.Z.: Ich war in Paris dabei, als am 9. und 10. November 1990 die Regierungs- und Staatschefs der damals 35 KSZE-Staaten zusammen kamen. Damals wurde mit der Charta von Paris ein neues Europa ja geradezu beschworen. Die KSZE (jetzt OSZE) sollte künftig der institutionelle Rahmen dafür sein, was Michael Gorbatschow das „gemeinsame Haus“ nannte. Aus eigenen Gesprächen weiß ich, dass auch die osteuropäischen Staaten damit die Vorstellung einer kollektiven Sicherheitsorganisation hatten, in der Ängste wie z.B. Polen gegenüber der Sowjetunion gut aufgehoben seien. Ich denke, das waren nicht nur naive Träume, aber es war offenbar in den westlichen Hauptstädten nicht wirklich gewollt, sondern es wurde dann in Richtung NATO-Osterweiterung gegangen.

B.H.: *In welchen Etappen vollzog sich diese Abkehr von der Charta von Paris?*

A.Z.: Trotz vieler noch der Geheimhaltung unterliegender Dokumente lässt sich feststellen: Es gab zahlreiche Widersprüche, auch innerhalb der Regierungen der westlichen Länder selbst. So gab es im März 1990 noch Verhandlungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt über konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa, geführt in Wien am Sitz der KSZE. Das Ergebnis waren Begrenzungen bei Panzern, Hubschraubern, Truppenstärken. Ich war als politischer Beobachter mit dabei. Der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner kam nach Wien und lud mich zusammen mit zwei anderen Journalisten zu einem Hintergrundgespräch ein. Dort eröffnete er unvermittelt, er sei dafür, osteuropäische Länder in die NATO aufzunehmen. Auf meine Frage hin: „Herr Wörner, wie viel Schnäpse hatten Sie denn zum Mittagessen?“ betonte er die Ernsthaftigkeit und nannte auf meine weitere Nachfrage auch seine Kriterien dafür: „Die Staaten, mit denen wir eine gemeinsame Geschichte, gemeinsame Werte und eine gemeinsame Religion haben“.

Mit einer weiteren Nachfrage lieferte er auch eine konkrete Antwort, wer denn Mitglied der NATO werden solle und wer nicht: Polen, Ungarn, Kroatien (anderthalb Jahre vor dem Auseinanderbrechen von Jugoslawien), die tschechische Republik (das war vor der Trennung von der Slowakei) „und wenn die Russen nicht allzu laut schreien, dann auch die drei baltischen Staaten“. Auf meine Nachfrage hin: „Welche Staaten sollen denn nicht hinein?“ lautete seine Antwort: Serbien, Bulgarien, Rumänien. Ob er dabei auch die Ukraine genannt hat, bin ich mir nicht mehr sicher. Darauf hin sagte ich, das sei genau die politisch-religiöse Scheidelinie, die 1914 durch Sarajewo ging, d.h. die evangelische und katholische Kirche im Westen sowie die orthodoxe Kirche und der Islam im Osten. Er war damit der erste, von dem ich überhaupt von einer Osterweiterung gehört habe.

Hingegen hatte der damalige Außenminister Genscher völlig andere Vorstellungen. In einem Gespräch mit ihm, das ich im Februar 1990 bei einem Flug von Bonn nach Ottawa zu einem KSZE-Außenministertreffen führte, verwies er auf vorausgegangene Gespräche in Moskau, wo die Bedingungen für eine deutsche Wiedervereinigung bzw. Moskaus Zustimmung hierfür festgelegt worden seien. Er sagte uns, dass man zugesagt habe, keine NATO-Erweiterung vorzunehmen. Es hat damit eindeutig dieses Versprechen gegeben.

Es gibt auch offizielle Dokumente, die das belegen. James Baker, der US-amerikanische Außenminister, war am 2. Feb. 1990 in Moskau und hat dort das eindeutige Versprechen gegeben, was von dem damaligen US-Botschafter in Moskau, Jack Matlock, bestätigt wurde, der als Protokollant bei dem Treffen dabei war. Aber es gab auch innerhalb der US-Administration dazu unterschiedliche Positionen.

Aber gekippt ist es endgültig erst mehrere Jahre später. Ich erinnere mich noch an das NATO-Gipfeltreffen im Herbst 1994, wo Bill Clinton inzwischen Präsident war. Dort wurde er von US-Journalisten gefragt, warum man die aus „kommunistischem Joch befrei-

ten“ osteuropäischen Staaten nicht endlich in die NATO aufnehmen. Seine Aussage: Das sei keine gute Idee, auch im Hinblick auf die Beziehungen mit Moskau. Dass sich Clintons Politik danach änderte, hat mehrere Gründe:

Erstens: Für die US-Rüstungsindustrie war klar, dass die osteuropäischen Staaten ihre gesamte militärische Ausrüstung vom Hosenknoopf bis zum Panzer auf NATO-Niveau bringen mussten, weshalb die Rüstungslobby auch auf bei den politisch Verantwortlichen in osteuropäischen Hauptstädten aktiv wurde, um die Aufnahme in die NATO herbeizuführen.

Zweitens: Die polnische, ungarische, z.T. auch die ukrainische Diaspora, die ja auch ziemlich stark ist in den Industrieregionen der US-Ostküste und des mittleren Westens, stellte auch eine Lobby zur Aufnahme dieser Länder dar. Traditionell sind diese auch Wähler der Demokratischen Partei.

Drittens: Clintons persönliche Probleme durch seine Affäre mit der Praktikantin im Weißen Haus. Bei den Kongress-Zwischenwahlen 1998 drohte eine Niederlage für die Demokraten.

All diese Gründe führten zum Schwenk zur NATO-Osterweiterung und zum Bruch erteilter Versprechungen. Es gibt sogar ein Buch von der US-Historikerin Mary Elise Sarott darüber, welches zuletzt 2014 neu aufgelegt wurde.

B.H.: Damit mussten die Russen sich letztlich auch verraten gefühlt haben. Dass mündliche Zusagen nicht eingehalten wurden, war ja der Startschuss für diese Entfremdung.

A.Z.: „Mündliche Zusagen“ sind ja auch ein Argument derjenigen, die be-

haupten, es habe nie ein offizielles Versprechen dieser Art gegeben. Man muss aber versuchen, sich in diese historische Stunde des Umbruchs zurück zu versetzen. Es war keine Stunde Null bzw. eine „Ende der Geschichte“ wie von einem amerikanischen Politologen behauptet wurde, sondern es gab tiefe Einbrüche – 1945 war ein solches Jahr – wo neue Optionen auf der Tagesordnung standen. Die Erleichterung auch von russischer Seite darüber, dass dieser Kalte Krieg nun zu Ende ist, die war ja bei Gorbatschow zu spüren. Er hat im Februar 1990 den mündlichen Zusagen eben geglaubt. Beispielsweise kann man noch im Pressearchiv der ARD finden, dass die Außenminister Genscher und Baker bei einer Pressekonferenz im Februar 1990 beide sagten, es sei klar, dass es keine Osterweiterung der NATO geben werde. Genscher war wirklich dieser Meinung.

Dann die Riesen-Enttäuschung, die bis heute vorhält. Von manchen Leuten wird hierzu angeführt, das sei alles Geschichte und man könne damit nicht entschuldigen, was Russland mittlerweile alles Schlimmes gemacht habe. Wenn man sich die Rede anschaut, die Putin 2001 im Bundestag gehalten hat, wo diese Enttäuschung sehr stark zu spüren ist und immer noch die Bereitschaft und die Hoffnung vorhanden war, dass der Westen das korrigiert, so hätte man wenigstens den damals geschaffenen NATO-Russland-Rat nicht als Vorspiel-Hof, sondern als Gremium für gleichberechtigte Entscheidungen ausgestalten können. Dieses betraf z.B. die Frage eines Raketenabwehrsystems, das von der NATO damit begründet wurde, es gäbe eine Bedrohung aus dem Middle-

aber von der NATO abgelehnt wurde. Damit hat sich dann gezeigt, dass es bei diesem in Rumänien und Polen stationierten System vorrangig um Russland geht. Ich habe Putin nochmal erlebt bei seinem Auftritt bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, wo er anders geredet hat als im Bundestag 2001. Ich kann mich sehr genau daran erinnern, wie in der Kaffeepause danach im Bayrischen Hof von den sicherheitspolitischen Eliten unseres Landes einschließlich mehrerer Journalisten über Herrn Putin gelästert wurde, d.h. seine warnenden Worte wurden einfach nicht ernst genommen.

B.H.: Dazu kamen dann die Probleme mit den gekündigten Verträgen.

A.Z.: Dieses reicht bereits zurück in die Ära von Bush jun. mit dem Ende 2001 gekündigten ABM-Abkommen, das festlegte, dass Raketenabwehrsysteme reduziert werden auf jeweils ein System zum Schutz der jeweiligen Hauptstadt. Zu dem jetzt gekündigten INF-Vertrag über Mittelstreckenraketen wurde Russland vorgeworfen, dass eine neu entwickelte Rakete mit großer Reichweite das Abkommen verletze. Moskau hat die NATO ja eingeladen, sich diese Rakete anzuschauen und im Testflug zu verfolgen, was von der NATO jedoch abgelehnt wurde. Umgekehrt wirft Russland der NATO vor, dass man von den bereits genannten Raketenabwehrsystemen in Polen und Rumänien auch atomar bestückte Marschflugkörper abschießen könnte, die in ihrer landgestützten Version durch den INF-Vertrag eigentlich verboten aber auf US-Kriegsschiffen weiterhin stationiert sind, was wiederum in Washington bestritten wird. Fazit ist: Keine der gegenseitigen Vorwürfe ist bis heute glaubhaft belegt, aber auch nicht widerlegt worden. Man hätte natürlich auch Rüstungsexperten aus unabhängigen Drittländern hinzunehmen können, z.B. indische oder südafrikanische. Dieses hat man alles nicht gemacht und zu meinem Bedauern hat auch Putin diesen Vorschlag nicht gemacht.

Ich habe mich lange gefragt, warum neben der rein rhetorischen Kritik von russischer Seite nicht mehr Engagement erfolgte, um den Vertrag zu retten. Meine Antwort dazu ist folgen-



Foto: Bremer Friedensforum

de: Trump selbst hat im Oktober 2018 erstmals öffentlich mit der Kündigung gedroht und hat dann zur Rechtfertigung – neben Vorwürfen an Russland – gesagt, dieses Abkommen sei ein rein bilaterales aus der Zeit wo eben nur die Sowjetunion und die USA solche Raketten hatten. Heute – so Trump – sei die Welt verändert, es gibt weitere Länder, er hat allerdings nur drei weitere genannt, die aus seiner Sicht Schurkenstaaten sind: Nordkorea, Iran und China. Er hätte ehrlicher Weise auch noch Israel, Südkorea, Indien und Pakistan nennen müssen. Aber das ist natürlich ein wichtiger Punkt, auch wenn er zunächst nur von Trump geäußert wurde, ist es ja nicht unbedingt in der Sache falsch. Dazu meine ich, dass von russischer Seite diese Sorge sogar noch eine größere ist.

Wenn man sich die Weltkarte anschaut – mit den eben von mir genannten Staaten – können diese mit ihren Mittelstreckenwaffen alle russisches Territorium erreichen, aber nicht US-amerikanisches Territorium. Das ist der Grund, warum man von russischer Seite nicht mehr aktiv geworden ist, um dieses Abkommen zu retten.

B.H.: Zur Situation um die Debatte um Russland und das Völkerrecht. Hier wird ja sehr stark gegen Russland argumentiert, wegen der Annektion der Krim, die in der Aussage mündet, dass zum ersten Mal seit dem Ende des zweiten Weltkrieges die Landkarte in Europa verändert worden sei.

A.Z.: Ich bin schon immer ein großer Verfechter des Völkerrechts gewesen. Damit meine ich die UNO-Charta als große Errungenschaft der Menschheitsgeschichte, die auch nur möglich war nach dem tiefen Zivilisationsbruch des von Deutschland ausgelösten zweiten Weltkrieges mit 60 Millionen Toten, darunter 27 Millionen Tote in der Sowjetunion und 6 Millionen industriell vernichtete Juden. Die UNO-Charta beinhaltet erstmals ein Verbot zwischenstaatlicher Gewalt. Hinzu kommt der allgemeine Kanon der Menschenrechtsnormen, der 1948 mit der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vereinbart wurde. Dieses ist ein ganz kostbarer Schatz, den wir unbedingt bewahren müssen, sonst droht ein

Rückfall in die Barbarei, wie wir ihn in früheren Jahrhunderten hatten. Aber schon in der Phase des Kalten Krieges wurde gegen die UNO-Charta sowie die Menschenrechtsnormen verstoßen, allerdings nicht in Europa. Der erste Bruch in Europa wurde von der NATO begangen mit dem Krieg gegen Serbien 1999, und der mit diesem Krieg gewaltsam herbeigeführten Abtrennung des Kosovo von Serbien. Ich gehörte damals bereits zu den wenigen, die gesagt haben, dass damit ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen werde, auf den sich andere später berufen werden. Die Büchse der Pandora ist geöffnet worden von der NATO unter aktiver Beteiligung der Bundesregierung. Was Russland im März 2014 gemacht hat, ist m.E. auch ein Völkerrechtsbruch, wobei ich dazu auch immer sage, wer hierzu die Hauptverantwortung trägt, dass es überhaupt zu einem Konflikt in der Ukraine gekommen ist. Für uns wahrnehmbar war dieses im Herbst 2013, als der ukrainische Präsident Janukowitsch die Verhandlungen mit der EU über ein Assoziierungsabkommen kündigte und damit auch ein Konflikt zwischen der Ukraine und Russland entstand. Ich sehe 80% der Verantwortung für den Ukraine-Konflikt wegen der ganzen Begleitumstände bei der NATO und der EU: Erstens wegen der NATO-Osterweiterung und zweitens wegen der EU-Politik gegenüber der Ukraine. Trotzdem komme ich zu dem Ergebnis, dass es eine völkerrechtswidrige Annektion gewesen ist, da ich mich an diese Normen halte, wo immer ich eine Verletzung sehe. Keinesfalls rechtfertigt dieses aber Behauptungen der NATO, dass jetzt auch eine militärische Bedrohung für Polen und die baltischen Staaten bestehe, was wiederum zur Rechtfertigung der NATO-Aufrüstung und der Verlegung von NATO-Truppen an die russische Westgrenze dient.

B.H.: Eine weitere Eskalation droht ja jetzt mit dem Manöver Defender 2020. Doch welche Möglichkeiten siehst du zur Verbesserung der Beziehungen? Du hast ja bereits auf den Ostausschuss der deutschen Wirtschaft Bezug genommen. Siehst du Möglichkeiten, damit diese Kräfte ein größeres Gewicht auf die Politik der Bundesregierung bekommen? Ist es

überhaupt vorstellbar, dass in Berlin auch konträr zu den US-amerikanischen Forderungen Politik gemacht wird?

A.Z.: In der Politik ist nichts unmöglich, jedoch schwierig ist es mit dem derzeitigen politischen Personal in Berlin. Frau Merkel ist – auch wegen ihrer ostdeutschen Biografie – kaum in der Lage, einen harten Konflikt mit Washington einzugehen und auch durchzuhalten.

Von dem Leichtmatrosen, der derzeit im Außenministerium sitzt, ist eine eigenständige Politik überhaupt nicht zu erwarten. Wir haben in der gesamten SPD, der Partei eines Willy Brandt, eines Egon Bahr, eines Norbert Gansel, Erhard Epplers keinen strategischen Denker mehr. Die EU mit 550 Mio. Menschen und zweitgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, daneben Russland als territorial größtes Land der Welt mit den meisten Gasvorräten, sechst-größte Ölvorkommen, das wäre zusammen genommen natürlich ein globaler Player mit dem Washington Schwierigkeiten hätte. Dieses zu verhindern, ist die strategische Linie der USA seit den 50er Jahren, wofür es viele Indizien gibt. Das hat sich auch im Umgang mit dem Ukraine-Konflikt gezeigt, denn die Sanktionsverschärfung wird ja gerade aus Washington betrieben. Dagegen müsste man vorgehen und offen benennen, was hier an unterschiedlichen Interessen vorhanden ist. Davor wird aber immer zurück gescheut – was auch im Umgang mit der Kündigung des Iran-Abkommens durch Trump geschieht – und letztlich doch auf die US-amerikanische Linie eingeschwenkt, selbst dann, wenn zumindest Teile der deutschen Wirtschaft das kritisieren, weil sie ihre eigenen Interessen damit gefährdet sehen.

Um dieses zu verändern, bedarf es einer deutlich größeren Wahrnehmung dieser Probleme durch eine breite Öffentlichkeit und daraus resultierendem gesamtgesellschaftlichen Engagement. Hier muss erheblich mehr passieren durch den Austausch junger Leute aus Schulen und Universitäten, damit wieder etwas nachwächst an Verständnis und Interesse und damit letztlich auch an politischem Druck, um das Verhält-

nis sowohl bei uns wie auch in Russland wieder zu verbessern.

B.H.: Ein Beispiel dafür ist ja hier in Bremen die Gründung der deutsch-russischen Friedenstag.. Wir waren sehr überrascht, über den Zuspruch den wir aus der breiten Bevölkerung gefunden haben.

A.Z.: Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen und sagen: Es gibt ein Gefälle aus den letzten 30 Jahren, wo zwischen dem Handeln der politischen Klasse in Berlin auf der einen Seite und den Vorstellungen der Bevölkerung eine Riesen-Diskrepanz lag. Das war immer so zu Zeiten des Afghanistan-Krieges unter deutscher Beteiligung, was im Bundestag immer wieder verlängert wurde, während bis zu 80% der Bevölkerung gegen den Bundeswehreininsatz waren. Das ist bei

den deutschen Rüstungsexporten so, ebenso wie bei den US-Atomwaffen in Büchel und auch im Verhältnis zu Russland. Das war in den Jahren unter Gorbatschow auch besonders gut sichtbar. Bei seinen Besuchen in Deutschland waren es nicht nur junge Leute, die auf den Marktplätzen standen, sondern auch ältere Menschen aus der Kriegsgeneration. Das Problem ist jedoch, wie wir es auch im Irak erlebt haben: Ein böser Diktator wird unter Sanktionen gesetzt. Die schaden ihm wenig, führen aber zu 500.000 toten Kleinkindern wegen fehlender Medikamente. Es gab überhaupt keine Empathie mit dem irakischen Volk, weil die Negativfigur Saddam Hussein alles überdeckte. Das ist hier auch die Gefahr, weil es eine durchaus berechtigte Kritik an der Poli-

tik von Herrn Putin gibt, die aber zu einer falschen Personifizierung bzw. zu einer Dämonisierung seiner Person führt. Es wird dann nicht mehr gelesen, was er denn nun tatsächlich gesagt hat, aber es strahlt dann eben negativ auf das ganze Volk ab mit

B.H.: ... alten Feindbildern ...

A.Z.: vor allem sehr undifferenziert. Wir reden ja über die Verbesserung von Verhältnissen nicht mit unseren engsten Freunden, sondern mit solchen, mit denen wir Probleme haben. Zum einen muss man natürlich miteinander reden, was ja auch der Ansatzpunkt zu Hochzeiten des Kalten Krieges war. Zum anderen gibt es natürlich auch andere Menschen in Russland und dazu muss man sich Veranstaltungen und Projekte wie hier in Bremen flächendeckend wünschen.

Putin 2001 im Bundestag: Ein Appell

Was die europäische Integration betrifft, so unterstützen wir nicht einfach nur diese Prozesse, sondern sehen sie mit Hoffnung. Wir tun das als ein Volk, das gute Lehren aus dem Kalten Krieg und aus der vererblichen Okkupationsideologie gezogen hat. [...]

Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Naturressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotenzialen Russlands vereinigen wird. [...]

Eine der Errungenschaften des vergangenen Jahrzehnts war die beispiellos niedrige Konzentration von Streitkräften und Waffen in Mitteleuropa und in der baltischen Region. Russland ist ein freundlich gesinntes europäisches Land. Für unser Land, das ein Jahrhundert der Kriegskatastrophen durchgemacht hat, ist der stabile Frieden auf dem Kontinent das Hauptziel. Wie bekannt, haben wir den Vertrag über das allgemeine Verbot von Atomtests, den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Konvention über das Verbot von biologischen Waffen sowie das START-II-Abkommen ratifiziert. Leider folgten nicht alle NATO-Länder unserem Beispiel. [...]

Wir sprechen von einer Partnerschaft. In Wirklichkeit haben wir aber immer noch nicht gelernt, einander zu vertrauen. Trotz der vielen süßen Reden leisten wir weiterhin heimlich Widerstand. Mal verlangen wir Loyalität zur NATO, mal streiten wir uns über die Zweckmäßigkeit ihrer Ausbreitung. Wir können uns immer noch nicht über die Probleme im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrsystem einigen usw. [...]

Quelle: https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966

Putin 2007 in München: Warnungen

Wir sehen eine immer stärkere Nichtbeachtung grundlegender Prinzipien des Völkerrechts. Mehr noch – bestimmte Normen, ja eigentlich fast das gesamte Rechtssystem eines Staates, vor allem, natürlich, der Vereinigten Staaten, hat seine Grenzen in allen Sphären überschritten: sowohl in der Wirtschaft, der Politik und im humanitären Bereich wird es anderen Staaten übergestülpt. Nun, wem gefällt das schon? [...]

Legitim ist eine Anwendung von Gewalt nur dann zu nennen, wenn ihr ein UNO-Beschluss zu Grunde liegt. Und man darf die UNO nicht durch die NATO oder die EU ersetzen. Und wenn die UNO wirklich die Kräfte der internationalen Gemeinschaft vereint, die tatsächlich auf Ereignisse in einzelnen Staaten reagieren können, wenn wir uns von der Nichtbeachtung internationalen Rechts abkehren, dann kann sich die Situation ändern. Im anderen Fall gerät die Situation nur in eine Sackgasse und es häufen sich die schweren Fehler. Zugleich muss man erreichen, dass das Völkerrecht universalen Charakter erhält, sowohl im Verständnis, wie auch in der Anwendung der Normen.[...]

Russland hält sich weiterhin streng, wie auch bisher, an die Verträge über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und die vielseitigen Kontrollregimes für Raketentechnologie. Die in diesen Dokumenten festgehaltenen Prinzipien tragen universellen Charakter.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass die UdSSR und die USA in den 80er Jahren einen Vertrag über die Liquidierung einer ganzen Klasse von Raketen geringer und mittlerer Reichweite unterzeichnet haben, aber einen universalen Charakter hat dieses Dokument nicht erhalten. [...]

Quelle: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html>

Deutsch-russische Friedenstage in Bremen

von Sönke Hundt, Bremer Friedensforum

In Bremen wurde Ende letzten Jahres der Verein für Frieden und Verständigung mit Russland gegründet.

Anlass für unser Engagement ist die zunehmend konfrontative Stimmung der westlichen Politik gegenüber Russland: Einseitige Schuldzuweisungen und Strafmaßnahmen, große NATO-Manöver direkt vor der russischen Grenze und eine verzerrende, unvollständige Darstellung russischer Politik in den etablierten Medien – dies alles macht uns Sorgen. Wir möchten dieser Entwicklung mit Sachlichkeit, Besonnenheit und einem gegenseitigen Umgang auf Augenhöhe entgegenwirken.

Am 29. Oktober 2019 haben die Gründerinnen und Gründer den eingetragenen Verein »Deutsch-Russische Friedenstage Bremen« bei einer Pressekonferenz vorgestellt. Mit dabei ist Willi Lemke, langjähriger Manager des SV Werder Bremen, als Senator in zwei Landesregierungen tätig und von 2008 bis 2016 als »Sonderberater des UN-Generalsekretärs für Sport im Dienste von Frieden und Entwicklung« im Einsatz. Der Sozialdemokrat hat die Schirmherrschaft über die im November geplante Veranstaltungsreihe übernommen. Lemke sagte, er erinnere sich noch gut an die von Bundeskanzler Willy Brandt gestaltete Ostpolitik, die in Europa zur politischen Entspannung und Abrüstung geführt habe. Zur Politik der Berliner Regierung gegenüber Russland wollte er sich bei der Pressekonferenz nicht äußern. Er sei als Privatmann hier und wolle nicht irgendwo »reingrätschen und Noten über den Außenminister verteilen«. Es habe ihn allerdings zutiefst erschrocken, als er habe lesen müssen, dass die Bundeswehr wieder dabei sei, den Abwurf von Atomwaffen zu üben.

Der Verein hat sich große Ziele gesetzt. Es geht ihm um ein friedliches und respektvolles Miteinander zwischen Deutschland und Russland. Vor allem jenseits der großen Politik solle das gegenseitige Verstehen mit vielfältigen kulturellen und politisch-informativen Veranstaltungen gefördert werden. Der Politik der Wirtschaftssanktionen, der einseitigen Schuldzuweisungen,

dem Schüren von Hass und Ressentiments gegen Russland und einer die Realität verfälschenden Darstellung in den Medien sollen Aktivitäten von unten entgegengesetzt werden.

Der Verein startete seine ersten Friedenstage im November 2019 mit einem umfangreichen kulturellen, künstlerischen und politischen Programm. Unter anderem dabei war die Vortragsveranstaltung von Andreas Zumach über »Kooperation statt Konfrontation mit Russland«. Geplant für 2020 sind Konzerte, Film- und Theateraufführungen, weitere Vorträge und ein großes Fest der deutsch-russischen Begegnung im Mai 2020.

Ein besonderes Thema dabei ist die Blockade Leningrads durch die deutsche Wehrmacht. Mehr als eine Million Menschen erfroren, verhungerten oder starben durch Beschuss und Zerstörung. Im 75. Jahr der Befreiung vom deutschen Faschismus geht die Ausstellung der Frage nach, warum Nazi-Deutschland die Stadt aushungern wollte und warum dieser menschenverachtende Plan nicht aufging!

Große Resonanz und kritische Fragen

Mit vielfältigen Veranstaltungen gibt der Verein auch bei den zweiten Friedenstagen im Februar Anregungen, den eigenen Blick auf Russland zu überprüfen und darüber nachzudenken, welche gemeinsame Zukunft Deutschland und Russland haben. Zudem soll zu einem entspannten und friedlichen Verhältnis und guter Nachbarschaft beigetragen werden. Freund oder Feind? Immer noch und immer wieder ist Russland ein Buch mit sieben Siegeln. In Gesprächen hören wir Vorbehalte wie: unberechenbar, aggressiv und unfähig zur Demokratie.

Der Verein hat sich auch zum Ziel gesetzt, die große Community der Russlanddeutschen für die deutsch-russische Verständigung mit Filmen und Theateraufführungen zu interessieren. Die bisherigen Kontakte sind vielversprechend und werden vielfach mit Dankbarkeit zur Kenntnis genommen.



»Die Leute sind wirklich sehr froh darüber«, so Gründungsmitglied Horst Otto, »dass es hier endlich eine solche Initiative gibt, die Türen öffnet und Brücken baut, um miteinander ins Gespräch zu kommen.«

Bundesweit viele neue Aktivitäten

In der Bundesrepublik finden sich tatsächlich Kräfte zusammen, die für ein friedliches Verhältnis zu Russland werben, auch wenn darüber in den Massenmedien kaum berichtet wird. Wenn, dann werden diese Personen und Plattformen häufig als »prorusisch« verunglimpft. Dennoch ist im Moment ein gewisser Rückenwind aus der Gesellschaft spürbar. Eine große Konferenz am 24. Oktober in Berlin über das »deutsch-russische Verhältnis im europäischen Kontext« war prominent mit Politikern, Politologen, Journalisten und Vertretern verschiedener Vereine besetzt. Diskutiert wurde über Städtepartnerschaften, Wirtschaftssanktionen und die Krim-Krise. Es existieren zur Zeit 98 Partnerschaften zwischen deutschen und russischen Städten. Bremen allerdings ist noch mit keiner russischen Stadt partnerschaftlich verbunden. Bei der Diskussionsveranstaltung am 25.11. mit Andreas Zumach wurde der Wunsch nach einer Partnerschaft zwischen Bremen und einer russischen Stadt laut. Der unerwartet hohe Zuspruch der ersten Deutsch-Russischen Friedenstage lässt hoffen, dass diese positive Resonanz den Weg zu einer Partnerschaft ebnen kann.

Weitere Infos:
www.deutsch-russische-friedenstage.de/

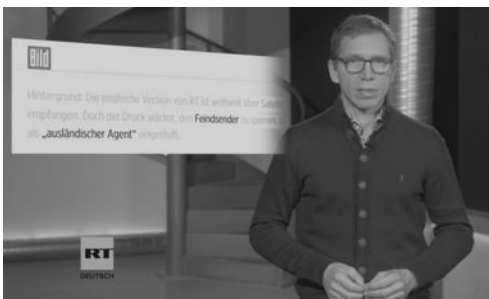
RT Deutsch: Kreml-Sprachrohr oder medialer Lückenfüller?

Interview mit Ivan Rodionov, Chefredakteur von RT Deutsch

Das Interview wurde geführt von Flo Osrainik, erschien zunächst bei Rubikon am 30.11.2019 und ist hier redaktionell leicht gekürzt.

Flo Osrainik: Herr Rodionov, Sie sind Chefredakteur des deutschsprachigen Angebots von RT. Fünf Jahre RT Deutsch im Rückblick: Hat sich aus Ihrer Sicht alles wie geplant entwickelt? Wie wird das Angebot angenommen und mit welchen Widerständen und Problemen hat RT Deutsch zu kämpfen?

Ivan Rodionov: Wir hatten keinen 5-Jahres-Plan. Als wir 2014 an den Start gegangen sind mit einer täglichen halbständigen YouTube-Sendung „Der fehlende Part“ und einem Online-Team mit vier Redakteuren. Dafür hatten wir jede Menge Erwartungsdruck, etwas naiven Enthusiasmus und leichten Bammel. Gemessen an den recht überschaubaren Kapazitäten war der Selbstanspruch, eine hörbare neue Stimme im Medienwald zu werden, recht frech.



Screenshot einer Sendung vom 18.1.2019 mit Ivan Rodionov: „Feindsender“: Wie BILD im Nazi-Jargon und mit Lügen gegen RT mobilisiert.

Dass unser Online-Auftritt die Grundfeste der Demokratie, das Vertrauen in die etablierten Medien, den ganzen gesellschaftlichen Zusammenhalt so massiv erschüttern würde, hätten wir so nicht geahnt. Und, mit Verlaub, wenn eine halbständige YouTube-Sendung eine so ominöse Gefahr für die Grundpfeiler einer Gesellschaftsordnung darstellen soll, wie behauptet, dann liegt es an den Grundpfeilern selbst oder mehr an der gestörten Wahrnehmung ihrer Wächter, nicht an der Sendung.

Frage: Warum braucht die Öffentlichkeit ein Medium wie RT und wieso ist das Nachrichtenangebot von RT eine Bereicherung? Was macht RT anders, besser oder schlechter? Können Sie Beispiele nennen?

Ob und warum die Öffentlichkeit RT braucht, kann nur die Öffentlichkeit selbst entscheiden. RT Deutsch wird nicht zwangsverbreitet, kommt nicht aus jeder Steckdose und steht nicht im Verdacht, von Suchmaschinen und News-Aggregatoren auf Kosten anderer Anbieter begünstigt zu werden. Wir schalten auch keine Werbung. Allerdings: die mainstreamige Anti-RT-Schelte mit ihren bizarren Feindbild-Klischees, selbstreferierend recycelten Falschdarstellungen — Stichwort „Fall Lisa“ — und schrillen Pöbeleien wie „dreckige Lügner“, „propagandistischer Drecksladen“ soll eine Art abschreckende „Firewall“ um RT Deutsch hochziehen, das bleibt in gewisser Weise unsere verlässlichste Werbung.

Unser Angebot definierte sich ursprünglich als „Der fehlende Part“ zum ganzen Bild. Das Problem ist, dass bei komplexen Themen wie etwa der Vorkriegsgeschichte der fehlende Part mittlerweile größer als der vorhandene ist.

Den weggekürzten Kontext zu liefern — darin liegt einer der wesentlichen Unterschiede zum Mainstream-Narrativ. Die Verkürzungs- und Entkontextualisierungs-Klassiker sind der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag, das Putin-Zitat über den Zerfall der Sowjetunion als der größten geopolitischen Katastrophe des Jahrhunderts und die sogenannte Gerassimow-Doktrin, um nur einige zu nennen.

Dass der ausschließlich als ‚Hitler-Stalin-Pakt‘ geframete Vertrag ein letztes Glied in einer fatalen Kette von bilateralen Abkommen, Rochaden, Zweck-Allianzen, gescheiterten Koalitionsbemühungen und Vertrauensbrüchen war, wird ausgeklammert. Dass Putin die verheerenden humanitären Folgen des Kollapses eines Vielvölkerstaates meinte und sich obendrein mehrfach zum Sowjetsystem klar posi-

tioniert hat — mitnichten als Verklärer oder gar Restaurateur — wird übersehen. Dass die sogenannte Gerassimow-Doktrin der hybriden Kriegsführung nichts Anderes als eine politisch-militärische Analyse der Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten und eine daraus folgende klare Warnung ist, wird ignoriert. Man lässt sich doch durch Fakten die gute Story nicht ruinieren.

Frage: Wieso sind alternative Medien grundsätzlich nötig und worauf sollte man im Umgang mit Medien, den herkömmlichen, aber auch den alternativen Medien, als Nachrichtempfänger achten?

Hätten die Leitmedien ausreichend Perspektivwechsel, diverse Blickwinkel und Gegengewicht zu dominanten Standpunkten geboten, wären alternative Medien redundant. Sie tun es bloß nicht. Gerade und ausgerechnet bei existenziellen Fragen wie Krieg und Frieden schlagen alle großen Medienkanäle in die gleiche Kerbe. Bei einer Podiumsdiskussion in Österreich meinte ein Mitdiskutant kopfschüttelnd, ich könne doch nicht ernsthaft glauben, die westlichen Journalisten würden bewusst pro-NATO berichten. Die Unterstellung allein wäre absurd.

Womöglich machen sie es unbewusst, aus dem Bauch heraus. Denn sonst ist ein journalistischer Text wie neulich in der FAZ unter dem zackigen Titel „Zur Abwehr bereit“ schwer zu erklären: „Russland soll wissen: wir wollen und wir können noch.“ Die Abschreckung pur, als hätte dem Russen die NATO allein mit ihren Panzern nicht ausgereicht, jetzt marschiert auch noch die FAZ an ihrer Seite.

Dazu rutschen den Leitmedien immer wieder Themen unter dem Schirm durch, die sich dann nur in den alternativen Medien wiederfinden. Das jüngste Beispiel: ein OPCW-Insider-Leak, der mit dem Abschlussbericht der Organisation zum angeblichen Giftgasangriff im syrischen Duma hart ins Gericht geht und diesem frisierte Darstellung und tendenziöse Interpretationen zu Lasten Damaskus vorwirft.

Diese Erkenntnisse stellen die Begründung für den Raketenangriff auf Syrien infrage, welcher als Vergeltung für die Gasattacke verkauft wurde. Die Nachricht war für die großen Medienhäuser irrelevant, das interessierte Publikum war auf die alternativen Quellen angewiesen. Ein UN-Sonderberichterstatter, der festgestellt hat, dass Julian Assange im britischen Gefängnis psychologischer Folter ausgesetzt ist, schaffte es auch nicht in die News-Agenda für die großen Massen. Generell ist der eingesperrte Wikileaks-Gründer kein Thema außerhalb der alternativen Medien.

Alternativlosigkeit, das von der Kanzlerin öfter gebrauchte Wort, ist erdrückend und am Ende fatal, ob für Medien oder Politik. Die Möglichkeit eines Perspektivwechsels ist wie Empathiefähigkeit — man kann zwar auch ohne leben, sogar ungestört. Aber in einer sehr öden, eindimensionalen Phantomwelt.

Frage: Versagen also die etablierten Medien und warum?

Es kommt darauf an, wie „Versagen“ definiert wird. Das Meinungsmanagement, das die Leitmedien heute insbesondere zu den zentralen außen- und sicherheitspolitischen Themenkomplexen betreiben, ist ziemlich effektiv, wenn man die kritische Öffentlichkeit herausnimmt, quasi als notorische Nörgler-Minderheit. Sucht man eine Bestätigung des trauten Weltbildes, dann ist man bei den Leitmedien bestens bedient.

Die Feindbilder sind klar umrissen, die Grenzen zwischen Gut und Böse unmissverständlich gezogen: ein düsteres, aggressives Putin-Russland bedroht die rein defensive und etwas desolante, weil unterfinanzierte Werte-NATO; das syrische Volk kämpft gegen einen blutrünstigen Despoten und ein paar seiner sadistischen Schergen; ein pro-russischer Herrscher in Kiew wird durch einen demokratischen Volksaufstand weggejagt; zwei Diktatoren schließen einen Pakt ab und lösen damit den Weltkrieg aus.

Es ist zu viel geistige Arbeit, zu hinterfragen, wie kann ein Militärblock mit einem 11-fachen Rüstungsetat seines potenziellen Gegners unterfinanziert sein und wieso die NATO vor die russi-

schen Grenzen so massiv militärisch vorrückt, nicht umgekehrt; warum fast 10 Millionen Syrer bei den Wahlen für Assad stimmen, insbesondere die im Ausland lebenden; warum der korrupte Herrscher in Kiew lange Zeit ein willkommener Verhandlungspartner der EU war, wieso er sich mit Russland immer wieder spektakulär anlegte und wo auf dem Maidan die paramilitärischen straff geführten Straßenkampf-Hundertschaften herkamen; warum Moskau mit seinen Initiativen einer breiten Antihitler-Koalition in Warschau und London scheiterte und was Winston Churchill wohl damit meinte: „Das sowjetische Angebot wurde ignoriert. Dafür mussten wir später teuer bezahlen.“

Frage: Das Medienunternehmen RT wurde im Jahr 2005 gegründet und wird vom russischen Staat finanziert. Daraus hat man ja kein Geheimnis gemacht, andere Auslandssender werden ebenfalls staatlich finanziert. RT wird es aber zum Vorwurf gemacht. Welchen Einfluss hat die russische Politik auf die Arbeit von RT? Gibt es Dogmen, Richtlinien oder Vorgaben in Bezug auf die Ausrichtung des Senders, die Inhalte oder die Arbeit der Journalisten und Redakteure und wieso scheint das nur bei RT ein Problem zu sein?

Ich frage mich, wie stellt man sich das vor, dass die deutschen Journalisten mit sehr vielfältigen kulturellen Wurzeln, die bei RT Deutsch arbeiten, dazu verdonnert werden, was Nettes über Putin zu schreiben oder was Böses über — wen, übrigens, Angela Merkel? Wie soll denn dieser journalistische Gulag funktionieren, in dem unter Fremddiktat berichtet wird, und wer sind diese Masochisten, die sich darauf frei bewerben?

In der tristen Wirklichkeit müssen wir uns jeden Morgen in der Redaktion die Köpfe über die Themen des Tages zerbrechen. Auf den Kreml ist dabei kein Verlass.

Die Deutsche Welle, BBC World, France 24, Radio Liberty/Radio Free Europe werden ebenso wie RT aus dem Staatshaushalt finanziert. Die Modelle sind sehr ähnlich, doch wo es bei den anderen Freiheit vom markt-wirtschaftlichen Druck bedeutet, soll bei RT Instrumentalisierung für Staatspropa-

ganda sein. Echt jetzt? Werden da nicht zufällig eigene Vorstellungen über die Aufgaben und Funktion eines Auslandssenders auf RT projiziert?

Frage: Versucht RT Deutsch nicht auch zu polarisieren, womöglich zu spalten? Man bringt überwiegend Stimmen der politischen Ränder, weniger aus der selbst ernannten Mitte oder passt sich RT Deutsch dem Meinungskorridor hier einfach nicht an? Und wenn ja, warum ist das so?

„Polarisierung“, „Spaltung“ — da wird, glaube ich, der Überbringer der Botschaft mit der Botschaft selbst verwechselt. Die meisten Politiker, die mit RT Deutsch gesprochen haben, kommen übrigens von der CDU/CSU. Gefolgt von der SPD. Die AfD liegt auf Platz 4 hinter der LINKE. Dabei werden wir sehr wohl mit der Boykothaltung konfrontiert. Und die Vertreter der Mitte, die mit uns sprechen, müssen nachher oft mit massiver Schelte rechnen — wie Sigmar Gabriel, Matthias Platzeck und Katarina Barley.

Es ist eine absurde Situation: RT Deutsch wird vorgeworfen, sich an den äußeren Rändern zu bedienen, und die Meinungsträger aus der Mitte werden davor gewarnt, sich auf RT blicken zu lassen.

Der Grad an Hysterie, mit dem RT speziell in Deutschland begegnet wird, ist bizarr. Wenn ein Online-Medium als Bedrohung für Demokratie gesehen wird, wie schwach und anfällig soll sich diese Demokratie vorkommen? Warum geht die russische „Despotie“ mit den westlichen Auslandssendern so viel gelassener um? Der Deutschen Welle etwa wurde ihre russische Sendelizenz um weitere 10 Jahre verlängert und es ist mir nicht bekannt, dass ihre russischen Gesprächspartner auf eine ähnlich hässliche Weise denunziert würden.

Frage: Wie sieht RT Deutsch, wie das Angebot und die Resonanz in weiteren fünf Jahren aus? Wird RT Deutsch dann auch im TV zu empfangen sein?

Die spannende Frage ist, ob in 5 Jahren TV für Nachrichtensender überhaupt noch relevant bleibt. Aber die Themen werden uns bestimmt nicht ausgehen.

Defender Europe 2020: Testmobilmachung gen Osten

von der Redaktion German Foreign Policy



Foto: US Panzer Abrams bei Manöver auf dem deutschen Truppenübungsplatz Hohenfels am 2.5. 2018. Quelle: US Army / Flickr

US-Rekordmanöver

Im Rahmen der Operation Atlantic Resolve (OAR), die kontinuierliche Kriegsübungen von US-Einheiten in Ost- und Südosteuropa umfasst, sind US-Truppenverlegungen durch Deutschland längst zur Routine geworden. Auf das dabei erlangte praktische Wissen bauen die USA und ihre Verbündeten in Europa nun auf, wenn sie im Februar den nächsten Schritt in Sachen Kriegsvorbereitung starten.

Wurden in den vergangenen Jahren mit den OAR-Rotationen alle neun Monate Brigaden mit rund 4.000 Soldaten über den Atlantik verlegt, so probt der NATO-Machtblock im nächsten Jahr mit Defender Europe 20 erstmals seit dem Kalten Krieg die transatlantische Mobilmachung im Divisionsmaßstab.

20.000 US-Soldaten werden für die Militärübung nach Europa kommen und auf ihre ohnehin schon hier stationierten Kameraden sowie die Streitkräfte der beteiligten europäischen Staaten treffen.

Insgesamt rund 37.000 Soldaten aus den USA und Europa nehmen an Defender Europe 20 teil. Nach Angaben der U.S. Army Europe handelt es sich um das größte US-Manöver in Europa seit über 25 Jahren.

Auf zwölf Routen Richtung Russland

Offizieller Übungszeitraum sind April und Mai 2020. Mit Truppenbewegungen ist laut Angaben der U.S. Army Europe jedoch schon ab Februar und noch bis in den Juli hinein zu rechnen. Die US-Streitkräfte werden zunächst per Schiff über den Atlantik nach Europa kommen. Dann werden sie mit Unterstützung vor allem auch der Bundeswehr auf zwölf unterschiedlichen Routen weiter Richtung Russland verlegt. Ein Teil von ihnen wird direkt per Schiff durch die Ostsee ins Baltikum transportiert.

Der Rest wird in Belgien, den Niederlanden, Frankreich oder Deutschland anlegen und von dort per Flugzeug, Lkw, Güterzug oder Binnenschiff weiterfahren. Einige werden Deutschland in Richtung Polen durchqueren und von dort zum Teil weiter ins Baltikum gelangen. Andere wiederum werden Deutschland auf dem Weg nach Georgien passieren.

Defender Europe 20 findet in zehn Staaten statt, wobei der räumliche Schwerpunkt nach Angaben der Bundesregierung in Polen und den Baltischen Staaten liegen wird. Insgesamt 18 Staaten werden an dem Manöver teilnehmen.

Zivile Militärlogistik

Die Bundeswehr unterstützt die U.S. Army beim Durchmarsch durch Deutschland im Rahmen des sogenannten Host Nation Support, der vertraglich festgelegten Unterstützung für verbündete Streitkräfte bei deren Aufenthalt in der Bundesrepublik, die im Aufgabenbereich der Streitkräftebasis liegt. Soweit öffentlich bekannt, stehen den US-Truppen mindestens 13 Bundeswehrstandorte unterstützend zur Seite, unter anderem Rheindahlen, Augustdorf, Burg, Lehnin, Oberlausitz, Garlstadt, Stadtallendorf, Frankenberg (Sachsen) und Bergen.

Hinzu kommen US-Liegenschaften in der Bundesrepublik, unter anderem die Ramstein Air Base. Über die Militärstandorte hinaus werden für Defender Europe 20 auch Teile der zivilen Infrastruktur der Bundesrepublik in die transatlantische Militärlogistik eingegliedert. Deutsche Häfen (Bremerhaven, Bremen, Duisburg und Krefeld) und Flughäfen (Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main, München, Nürnberg, eventuell Bremen) werden Soldaten und Kriegsgerät umschlagen.

Auch über das deutsche Straßen- und Schienennetz werden Militärkonvois rollen: von Westen nach Osten auf der Route Düsseldorf-Hannover-Magdeburg-Frankfurt an der Oder bzw. Düsseldorf-Mannheim-Nürnberg-Dresden-Görlitz; von Norden nach Süden ist die Route Bremerhaven-Hannover-Frankfurt-Mannheim eingeplant.

Drehscheibe Deutschland

Defender Europe 20 wird für die Bundesrepublik eine Gelegenheit, ihrem Anspruch Nachdruck zu verleihen, eine strategische Position als logistische Drehscheibe im Konflikt der NATO mit Russland einzunehmen. Die unter anderem dafür aufgebauten militärischen Strukturen kann Berlin nun gleichermaßen zur Schau stellen, testen und weiter in den Militärapparat des NATO-Machtblocks integrieren.

Defender Europe 20 ist dabei nicht nur ein Probelauf, sondern steigert darüber hinaus die militärische Ein-

satzbereitschaft auf beiden Seiten des Atlantiks. So teilen beispielsweise die Logistiker der Bundeswehr mit, sie könnten in Zukunft ohne Probleme US-Panzer transportieren: Kriegs- und Transportmaterial sind erfasst und aufeinander abgestimmt; die für Defender Europe 20 ausgestellten Zertifikate bleiben auch über das Manöver hinaus gültig.

Die Deutsche Bahn hat im Vorfeld der Kriegsübung zusätzliche Schwerlastwaggons angeschafft. Während der Übung können Bundeswehr und verbündete Armeen auf einen erst dieses Jahr geschlossenen Vertrag zwischen Bahn und Bundeswehr zurückgreifen. Kernelement dieses 100 Millionen Euro umfassenden Abkommens ist das Bereitstellen von Transportkapazitäten der Deutschen Bahn AG für mehr als 1.300 jährliche Militärtransporte, auch an den und über die Grenzen der Bundesrepublik. Teil des Deals sind noch dazu Vorfahrts Sonderrechte für das Militär: Die Züge der Bundeswehr haben Vorrang

vor zivilem Personenzugverkehr. Auch das noch im Aufbau befindliche Joint Support and Enabling Command (JSEC) in Ulm wird von Defender Europe 20 profitieren. Das zukünftige NATO-Hauptquartier zur Optimierung von Truppentransporten - die Schaltzentrale der Drehscheibe Deutschland - wird bei einer an Defender Europe 20 angegliederten Übung die Chance bekommen, erste Erfahrungen zu sammeln.

Ein Schlachtfeldnetzwerk

Hintergrund des Manövers ist der Konfrontationskurs der Staaten von NATO und EU gegenüber Russland im Einflusskampf um Osteuropa. Nach Jahrzehnten einer relativen Entspannung setzt der NATO-Machtblock dabei wieder stärker auf militärische Konfrontation. Man müsse bereit sein, in "Konflikten hoher Intensität" gegen "jeglichen annähernd ebenbürtigen Gegner ... mobilzumachen, zu kämpfen und entschieden zu gewinnen", heißt

es etwa bei der U.S. Army Europe. In diesem Sinne ist auch Defender Europe 20 keine reine Logistikübung.

Nicht zuletzt durch das Einbinden sieben weiterer Militärübungen in Europa in das Übungsszenario soll, wie es in Militärkreisen heißt, ein "*Schlachtfeldnetzwerk aufgebaut werden, das im Falle eines Konfliktes für alle NATO-Verbündeten nützlich ist*". So wird es neben den Truppenverlegungen auch Gefechtsübungen an unterschiedlichen Orten geben, etwa in Grafenwöhr.

Über logistische Unterstützung hinaus wird die Bundeswehr bei Defender Europe 20 "*Kampf, Kampfunterstützung und Führung - in Deutschland, Polen und Litauen*" proben, wie aus der Aufgabenbeschreibung hervorgeht, die dem Verteidigungsausschuss des Bundestags vorliegt. Die Bundesrepublik bereitet damit ihre zivile wie militärische Infrastruktur nicht nur auf Truppenverlegungen, sondern auf einen heißen Krieg mit Russland vor.

Gegen das NATO-Kriegsmanöver „Defender 2020“ Statt Konfrontation Entspannungspolitik betreiben!

Aufruf des Friedensratschlages 2019 vom 7.12.2019 an bestehende regionale Initiativen zur Unterstützung von Protesten

Die NATO verschärft die Konfrontation mit Russland. Im April und Mai 2020 will sie im Baltikum, in Polen und Georgien eine der größten Kriegsübungen ihrer Landstreitkräfte seit dem Ende des Kalten Krieges durchführen. Russland werden Angriffsabsichten auf NATO-Gebiet unterstellt, die „abgeschreckt“ werden sollen. Dabei lassen sich weder aus russischen Dokumenten oder Verlautbarungen noch aus russischen Manövertätigkeiten Anzeichen für Angriffsabsichten herauslesen: Die NATO übt seit 2013 in Europa den Landkrieg mit dem Vierfachen an Soldaten wie Russland. Ihr Säbelrasseln nimmt weiter zu – 2018 waren sechsmal so viele NATO-Soldat*innen an Landkriegsmanövern in Europa beteiligt wie sie Russland seinerseits aufgeboden hat. Russland senkt seine Militärausgaben, während NATO und Bundeswehr sie massiv steigern.

Das Besondere an „Defender 2020“ ist, dass die USA zu diesem Zweck 20.000 Soldat*innen inklusive Kriegsgerät nach Europa bringen. Bereits seit 2017 werden alle neun Monate 4.200 Soldaten samt Waffen als Drohkulisse nach Polen an- und abtransportiert. Das heißt, diesmal sind es fünfmal so viele! Die vom US-Heereskommando Europa in Wiesbaden-Erbenheim geführte Kriegsübung umfasst fünf schwer bewaffnete Kampfbrigaden mit insgesamt 37.000 Soldat*innen.

28.000 davon sind US-amerikanische, 8.000 von ihnen sind in Deutschland stationiert.

Der Rest kommt aus 16 NATO-Ländern, Finnland und Georgien. Die Bundeswehr steuert 1.750 Soldat*innen bei. Als Krönung soll das Ganze um den 8. Mai 2020, dem 75. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus stattfinden, für dessen Niederschlagung die Sowjetunion mit 27 Millionen der insgesamt 60 Millionen Weltkriegstoten den größten Blutzoll entrichtet hat.

Wer den historischen Feiertag zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus mit Kanonendonner vor den Toren Moskaus begeht, will die Provokation.

Deutschland ist die zentrale logistische Drehscheibe für den Transport von 33.000 Stück Kriegsmaterial auf Schiene und Autobahnen gen Osten. Zahlreiche Regionen werden davon betroffen sein. In Ulm kommt dem NATO-Operations- und Logistikkommando eine wichtige Rolle zu. US-Soldat*innen werden in Bremerhaven anlanden, in Kasernen in Garlstadt (nördlich von Bremen), in Burg (bei Magdeburg) und auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz (südlich von Weißwasser in Nordsachsen) zeitweilig untergebracht. Zum Betanken der US-Konvois wird eigens eine Tankstelle in Bergen (Lüneburger Heide) eingerichtet.

„Defender 2020“ erweist sich als brandgefährliche und zudem umweltzerstörende Kriegsübung mit „scharfem Schuss“. Sie steht der dringend notwendigen Deeskalation, der Einleitung vertrauensbildender Maßnahmen diametral entgegen. Europa braucht eine neue Entspannungspolitik. Dafür muss sich Deutschland stark machen. Darin liegt seine „neue Verantwortung“!

Friedenszug nach Moskau - ein Projekt der Zivilgesellschaft

von Reiner Braun, International Peace Bureau, Berlin



Durch das International Peace Bureau (IPB), dem Bundesverband Deutscher West-Ost Gesellschaften, des Deutsch-Russischen Forums e.V. und der Stiftung West-Östliche Begegnungen ist gemeinsam mit der Gesellschaftskammer Russland ein Sonderzug „Friedenszug 2020“ vorgesehen, der in Berlin startet.



Vorgesehene Zwischenstationen:

Warschau: u.a. Jüdisches Museum
Brest: Besuch der Festung und Veranstaltung zum (Diktat-)Frieden von Brest-Litowsk 1918
Minsk: Stadtführung und politische Gespräche, Besuch von Chatyn und NS-Vernichtungslager Maly Trostinec
Smolensk: Stadtführung und politische Gespräche

Ziel und politischer Rahmen

Im Mai 2020 jährt sich der Sieg über den Nationalsozialismus zum 75. Mal und die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte zum 45. Mal. Dies ist Anlass für uns, mit dem Friedenszug eine gemeinsame Geste der Erinnerung, des Friedens und der Zusammenarbeit zu setzen, ein Zeichen für eine gemeinsame Friedens- und Entspannungspolitik, um Russland und die anderen Länder Europas von Lissabon bis Wladiwostok im Geiste der Kooperation zu verbinden.

Am 02.09.1945 endete der 2. Weltkrieg auch in Asien und ein neues Zeitalter, das Atomzeitalter, begann durch den Atombombenabwurf der USA auf Hiroshima und Nagasaki am 06./09.08.1945

Für das Gelingen unseres Anliegens ist es unabdingbar, auch eine Verbindung zum politischen Dialog zu führen und dabei zu unterstreichen, dass der Friedenszug als Geste des Friedens und der Aussöhnung gerade im Dialog und durch die Politik gewürdigt stattfindet. Kooperation, Dialog, Verständigung sind 75 Jahre nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus durch die Sowjetunion Bestandteile einer Politik, die in der KSZE-Charta von Helsinki 1975 und der Charta von Paris 1990

(anlässlich der deutschen Wiedervereinigung) formuliert wurden. Eine Unterstützung durch die Außenministerien und Botschaften beider Länder ist deshalb von großer Bedeutung.

Projektidee, Zielgruppe und Durchführung

Geplant ist ein „Friedenszug“ mit bis zu ca. 500 Menschen, der nach Russland führen und am 1. September 2020 in Berlin beginnen soll. Der „Friedenszug“ startet mit individueller bzw. Kleingruppen-Anreise aus Belgien, Frankreich und deutschen Städten nach Berlin. Der gemeinsame Sonderzug „Friedenszug 2020“ startet ab Berlin. Erster Stopp noch am 1. September, dem Tag des Kriegsbeginns des zweiten Weltkrieges, ist Warschau. In Warschau, Brest, Minsk, Smolensk finden Veranstaltungen statt und steigen Teilnehmer*innen zu.

Abgeschlossen wird die Zugfahrt durch einen mehrtägigen Aufenthalt in Moskau. Hier sind vielfältige politische und soziale Veranstaltungen sowie Begegnungen mit der russischen Bevölkerung geplant.

Auf die Dezentralität des Projektes wird großen Wert gelegt. Als Zielgruppe sollen NGOs und ehrenamtlich aktive Bürger und insbesondere die junge Generation angesprochen sowie Vertreter der kommunalen und regionalen Zusammenarbeit einbezogen werden.

Weitere Infos: info@ipb-office.berlin

Jahrestage 2020

27.1. - 75 Jahre Befreiung von Auschwitz (1945)
 25.3. - 10 Jahre Bundestagsbeschluss zum Abzug von Atomwaffen aus Deutschland (2010), Beginn der Aktionspräsenz in Büchel
 11.4. - Selbstbefreiung Buchenwald (1945)
 - Gedenkveranstaltung am 5.4.
 10.-13.4. - 60 Jahre Ostermärsche (1960)
 25.4. - 75 Jahre Zusammentreffen US- und Sowjet-Truppen bei Torgau an der Elbe (1945)
 8.5.: - 75 Jahre Tag der Befreiung (1945)
 6.8. - 75 Jahre Hiroshima (1945)

12.9. - 30 Jahre Unterzeichnung des Zwei-pus-Vier-Vertrages in Moskau(1990)
 21.11. - 30 Jahre Charta von Paris anlässlich eines KSZE-Sondergipfels (1990)
 16.11. - 40 Jahre Start des Krefelder Appells gegen landgestützte Mittelstreckenraketen in Deutschland (1980)
 22.12.1990: Der US-Senat ratifiziert den neuen Start-Vertrag (auch als Prager Vertrag bekannt) zur Begrenzung der Langstreckenraketen als Trägersysteme für Atomsprengköpfe. Der am 26. März 2010 verkündete Vertrag läuft am 11. Februar 2012 aus, wenn er nicht verlängert wird. Die US-Administration hat signalisiert, dass sie kein Interesse an einer Verlängerung dieses Vertrages hat. Im Oktober 2019 hat der russische Präsident Putin auf eine Verlängerung des Vertrages gedrängt.

IG Metall gegen die 2-Prozent-Aufrüstung

von Anne Rieger, Bundesausschuss Friedensratschlag

Im Oktober 2019 tagte in Nürnberg der Gewerkschaftstag der IG Metall.

Die Delegierten des IG Metall Gewerkschaftstages beschlossen mit überwältigender Mehrheit „alle Abgeordneten des Bundestages aufzufordern, sich gegen das 2-Prozent-Ziel für die Rüstungsausgaben zu engagieren und fordern verstärkte Initiativen für Abrüstung und Rüstungskonversion und unterstützen deshalb die Petition „Abrüsten statt Aufrüsten“. Eine klare Positionierung der Gewerkschafter*innen, die damit dem Antrag aus Köln folgten. Eine gute Grundlage für die Friedensbewegung für gemeinsame Aktionen mit den Geschäftsstellen der IG Metall vor Ort.

Die vom IG Metall Vorstand formulierte EntschlieÙung „Für eine verantwortungsbewusste Friedenspolitik“ erläutert freilich das Dilemma der IG Metall: Sie ist eine Einheitsgewerkschaft, in ihr organisieren sich Menschen, „die sich in ihren politischen Positionen und Perspektiven unterscheiden“. Dabei eine sie trotzdem „die Überzeugung, dass Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen keine Mittel zur Konfliktbewältigung seien“.

So waren auf dem Gewerkschaftstag die Delegierten in erster Linie mit den unsozialen Folgen der inhumanen kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, den täglichen Abwehrkämpfen in den Betrieben und den Folgen der auf sie zukommenden Transformation beschäftigt. Die kapitalistische Kriegs- und Eroberungspolitik von Rohstoffen, Märkten und Transportwegen stand nicht im Mittelpunkt. Trotzdem befanden sich unter den 793 Anträgen zum Gewerkschaftstag 22 zu Frieden und Abrüstung, darunter 14, die Rüstungskonversion und Diversifikation fordern. Beschlossen wurden sieben Anträge, die anderen wurden hinein integriert. Kein Antrag wurde abgelehnt.

Sozial-ökologische Projekte gefordert

Die Beschlüsse der Delegierten präzisieren die EntschlieÙung des Vorstandes. In ihnen spiegeln sich die un-

terschiedlichen Positionen der Mitglieder wider: Die IG Metall „lehnt bewaffnete Interventionen ohne UNO-Mandat ab“ und ebenso „grundsätzlich Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische oder autokratische Regime“. Stattdessen werden zivile Strategien zur Friedenssicherung, die an den Ursachen von Kriegen und Konflikten ansetzen, sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte gefordert.

Aufgezählt werden zivile Bereiche, in denen Rüstungsgeld dringend gebraucht würde, für Wohnungen, Rente, Schule etc. und „eine ökologische und soziale Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende“. Eine spannende Entwicklung der Metaller, deren Arbeitsplätze häufig an Rüstung und Individualverkehr gebunden sind. Dazu passte auch der Redebeitrag, der feststellte, Fridays for Future und „Abrüsten statt Aufrüsten“ gehören zusammen.

Weiter gehende Anträge, die allerdings auf Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht beschlossen wurden, forderten ein generelles Rüstungsexportverbot und trugen dem Vorstand auf „seine Aufgaben zur Entwicklung von Projekten zur Rüstungskonversion mit Nachdruck voranzutreiben“ und das Projekt „Konversion in wehrtechnischen Betrieben“ des Vorstandes weiterzuführen mit dem Ziel, die Anzahl der beteiligten Betriebe zu erhöhen und „den bestehenden Handlungsleitfaden des Vorstands über die Diversifizierung, um den Bereich der Konversion zu ergänzen“.

Es gelte „Alternativen aufzuzeigen wie die Produktion militärischer Güter in die Herstellung von Konsumgütern gewandelt werden kann“. Darüber hinaus sollte die Öffentlichkeitsarbeit für Frieden und Abrüstung auch über die Metallzeitung verstärkt werden. Die IGM solle sich gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Organisationen und der Friedensbewegung mit der Unterstützung des DGBs und anderer DGB-Gewerkschaften an die Spitze der Forderung nach weltweiter Abrüstung stellen.

Konversionsinitiativen und Kritik der Rüstungsexporte

Der für die Friedensbewegung politisch höchst bedeutsame Antrag aus Jena-Saalfeld, als Material zum Vorstand beschlossen, fordert, verstärkt „mit eigenen friedenspolitischen Initiativen ... auf die wieder wachsende Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen zu antworten“. Dazu zählen zählen u.a. eine Konferenz mit Rüstungskonversionsinitiativen, Rüstungsexportkritikern, lokalen Friedensinitiativen und Konfliktforschern. Ziel der Konferenz ist, die Konversionserfahrungen der 1990er Jahre zu heben, sie mit aktuellen Friedenthemen abzugleichen und den Geschäftsstellen zur Verfügung zu stellen.“

Die Delegierten beschlossen aber auch: „Mittel- und langfristig werden die europäischen Länder gemeinsame Beschaffungen für ihre Streitkräfte vornehmen. Das wird zu einer Transformation und Konsolidierung der Rüstungsindustrie in Europa führen. Die IG Metall betont: Strukturwandel und politisch induzierte Veränderungen dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgeglichen werden“.

Die IG Metall bekenne sich zu den Beschäftigten in der wehrtechnischen Industrie. Auch für sie gehe es um den Erhalt hochwertiger Arbeitsplätze, guter Arbeitsbedingungen, fairer Einkommen und den respektvollen Umgang miteinander. Hier fordert die IG Metall die Bundesregierung auf, ein neues Programm oder einen erweiterten Fonds für Konversion und Diversifikation in zivile Märkte aufzulegen und zudem entsprechende Programme bei der EU zu initiieren.

Darüber hinaus verlangten die Delegierten von der Bundesregierung „keine Ausrüstung der Bundeswehr mit Drohnen, die bewaffnet werden können“ und sich für die weltweite Ächtung autonomer Waffensysteme einzusetzen. Sie lehnen die Stationierung landgestützter atomarer Mittelstreckenwaffen in Deutschland und der EU ab. Sie wollen Frieden in Europa und keinen Konfrontationskurs mit Russland.

Friedensratschlag 2019: Viel Diskussions- und Handlungsbedarf

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.



Beim jüngsten Friedensratschlag in Kassel am 7. und 8. Dezember 2019 wurden fast 500 Teilnehmende gezählt – so viel wie noch nie. Dennoch lag der Altersdurchschnitt nach wie vor sehr hoch – wenn man mal von der Besetzung des Schlusspodiums absieht. Erklärbar ist die hohe Beteiligung mit dem auf mehreren Themenfeldern erhöhten Diskussions- und Handlungsbedarf, der in der formalen Bandbreite von wissenschaftlicher Analyse und praktischem Erfahrungsaustausch auch die nach wie vor hohe Relevanz dieser jährlichen Veranstaltung unterstreicht.

Prominenteste Teilnehmerin im Eröffnungsplenum war dabei sicherlich Margot Kässmann mit ihrem auch aus anderen Anlässen bekannten, engagierten Auftreten.

Hauptthema Umwelt, Kriege und Nachhaltigkeit

Prof. Dr. Jürgen Scheffran stellte in seinem Vortrag den Zusammenhang von Frieden und Nachhaltigkeit dar. Dabei ging er grundsätzlich auf das Verhältnis von Natur und industriell-technischer Entwicklung ein, eine Thematik, mit der sich bereits im 19. Jahrhundert Marx und Engels durch warnende Hinweisen auf die Grenzen der Ressourcenausbeutung befasst haben.

Seit dem 20. Jahrhundert haben industriell entwickelte (Massen-)Vernichtungswaffen auch den Charakter von

Umweltkriegen, beginnend mit den Giftgaseinsätzen im 1. Weltkrieg und z.B. die großräumige radioaktive Verseuchung von Atomwaffentestgebieten. Letzteres hat auch dazu geführt, dass Naturwissenschaftler sich weltweit darauf

verständnis haben, den Zeitraum ab 1950 als Anthropozän zu bezeichnen, d.h. als neue Epoche im gesamten Erdzeitalter, die entscheidend von menschlichen Eingriffen in die Natur geprägt ist, mit zerstörerischen und nicht mehr rückgängig zu machenden Eingriffen. Der Klimawandel stellt deshalb nur den jüngsten Abschnitt in dieser Entwicklung dar.

Zum Ende des Vortrages wurde von ihm auf die Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung hingewiesen. Diese muss vor allem darauf beruhen, dass das Element der Suffizienz, d.h. das Ziel einer an tatsächlichen Grundbedürfnissen orientierten, zufriedenstellenden Lebensweise verankert werden muss.

Hauptthema Sanktionen und Handelskriege

Vor allem der Hintergrund des eskalierenden Handelskrieges zwischen den USA und China wurde in dem Eröffnungsbeitrag von Prof. Dr. Christoph Scherrer beleuchtet. Hier vollzieht sich in aller Offenheit, was bereits früher – eher verdeckt der Fall war: Die Vermischung von wirtschaftlichen Beziehungen mit militärischen Drohungen und Eingriffen.

Die Thematik spielte auch eine wesentliche Rolle bei mehreren Workshops zu anderen Brennpunkten in der Welt, wie Lateinamerika sowie die Sanktionen gegen Syrien, Iran und Russland.

Mehr Erfahrungsaustausch und Vernetzung gewünscht

Trotz der üblichen Vielzahl parallel laufender Workshops waren wohl alle Beteiligten mit der Resonanz zufrieden. Allgemein bemerkenswert war diesmal sicherlich, der große Anteil an diskussionsbetonten Workshops ohne vorangestelltes Hauptreferat, sondern eher kurzen Einleitungsbeiträgen der Referent*Innen. Dieses wurde auch den Themen gerecht, die vorneweg auf eine breite Diskussion angelegt waren und auch mit dem konkreten Ziel spezifischer Vernetzungen.

Überfällig auf dem Friedensratschlag war auch ein gut besuchter Workshop über Frauen in der Friedensbewegung, der vorher mit einem eigenen Flyer gezielt beworben wurde. Von Marino Küpker wurde diese immer noch unterbelichtete Thematik zur Diskussion gestellt.

Auch hier stand am Ende die Vernetzung mit konkreten Absprachen für weitere Treffen dieser Art.

Wie konkret umgehen mit Fridays for Future?

Die vor allem mit „Fridays for Future“ entwickelte neue Jugendbewegung wurde intensiv diskutiert. Klar ist nur, dass sich diese sehr heterogene neue Bewegung weiter entwickeln wird. In welche Richtung dieses erfolgt, hängt auch davon ab, mit welchen Infos und Kooperationsangeboten in der „alten“ Friedensbewegung dieses begleitet und unterstützt werden kann. Notwendig ist vor allem die Respektierung von sich spontan entwickelnden Aktionsformen und der kommunikativen Nutzung sozialer Medien, was nicht in vorhandene Strukturen der Friedensbewegung integrierbar ist. Notwendig ist deshalb ein Zugehen auf die Jugendbewegung mit Unterstützungs- und Bildungsangeboten, aber ohne Vereinnahmungsversuche.

Im Workshop „Wie bringen wir Frieden und Umwelt zusammen?“ fand unter fast 50 TeilnehmerInnen vor allem ein reger Austausch darüber statt, wie sich die Zusammenarbeit mit Fridays for Future entwickeln kann. Vor Ort

sind diese Gruppen sehr unterschiedlich dominiert, in der Bandbreite von antikapitalistisch mit "System change - not climate change" bis zu kapitalismuskonformen Vorstellungen, die auf "grüne" Technologien gegen den Klimawandel ausgerichtet sind. Genannt wurden nicht nur vorhandene Ansätze der Zusammenarbeit, sondern auch notwendige Umgangsformen. Generell ist bei Fridays for Future ein Bedürfnis nach wissenschaftlicher Expertise vorhanden.

Die "alte" Friedensbewegung ist hier gefragt, ihr Wissen und ihre Erfahrungen einzubringen, wenn entsprechende Anfragen gestellt werden. Aktionsformen und die Art der Kommunikation müssen jedoch den jungen Menschen selbst überlassen bleiben. Hilfreich sollte dazu für "alte" Friedensbewegte der Blick auf die eigene Geschichte sein. 1968 war das Jahr, wo sich eine junge Generation massenhaft gegen die Bevormundung durch die ältere Generation stellte.

Um die junge Generation ging es auch in einem Workshop darüber, wie die mediale Präsenz der Friedensbewegung verbessert werden kann. Prof. Dr. Sabine Schiffer wies darauf hin, dass die effiziente Handhabung sozialer Medien nur bei konsequenter Nutzung der dort vorhandenen Spielregeln bezüglich Quantität und Qualität von Einträgen möglich ist. Dieses kann nicht von Friedensbewegten nebenbei geleistet werden, sondern sollte direkt von Älteren an die Enkelgeneration delegiert werden.

Im Abschlussplenum verwies Paul Harder, als Vertreter von Fridays for Future aus Frankfurt darauf, dass die Themen Klima und Krieg, Aufrüstung und Rüstungsindustrie eine zentrale Rolle bei der letzten Klima-Aktionswoche in Frankfurt gespielt haben. Zu Veranstaltungen in der Art des Friedensratschlag würde er sich natürlich mehr junge Menschen wünschen.

Neue Strukturen mit Gewerkschaften?

Über neue Strukturen der Friedensbewegung muss auch vor dem Hintergrund sich entwickelnder gewerkschaftlicher Friedensaktivitäten auf örtlicher Ebene nachgedacht werden. Dieses ist

vor allem eine nachhaltige Wirkung mit der Ende 2017 initiierten Initiative „Ab-rüsten statt Aufrüsten“ im gewerkschaftlichen Bereich. Die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kosicz wies darauf hin, dass die aktuelle zivilgesellschaftliche Forderung nach jährlich zusätzlichen 45 Milliarden Euro an notwendigen Investitionen in die soziale Infrastruktur ihre eigene Gewerkschaft besonders tangiert.

Dem Verweis auf zahlenmäßig darstellbaren Personalmangel in Krankenhäusern, Kitas und Schulen sowie dem Mangel an bezahlbaren Wohnungen steht eine Hochrüstung gegenüber, von der ein Bruchteil ausreichen würde, um auch weltweit eine nachhaltige Entwicklung voran zu bringen.

Parallelen dazu wurden in dem Beitrag von Francis Wurtz angesichts der aktuellen politischen Streiks in Frankreich aufgezeigt: Hier steht eine bereits mehrjährig budgetierte Aufrüstung einem vergleichbaren zivilen Investitionsdefizit gegenüber, das bei dem Widerstand gegen Macrons Politik eine große Rolle spielt.

Praktische Beispiele zu den gewerkschaftlichen Aktivitäten vor Ort schilderte im Abschlussplenum Nika Koops vom Arbeitskreis Frieden bei ver.di Hamburg, wo er seit vier Jahren aktiv ist. Konkrete Ansatzpunkte sind hier die vorhandenen Rüstungsumschläge im Hamburger Hafen, wogegen eine Volksinitiative gestartet wurde.

Eine besondere Rolle spielt für ver.di auch, dass auf Basis entsprechender Beschlüsse auf der letzten Bundeskonferenz sich Anfang 2020 ein bundesweiter Arbeitskreis konstituieren wird.

Brückenschläge zu anderen Formierungen

Neben den bereits genannten Entwicklungen bei Fridays for Future und den Gewerkschaften waren im Abschlussplenum die Ausführungen von Christoph von Lieven als Greenpeace-Vertreter interessant. Greenpeace wird verstärkt darüber aufklären, dass Deutschland zu keinem Zeitpunkt seit dem Bestehen der BRD auf Atomwaffen verzichtet hat.

Einen besonderen Dank richtete er deshalb an ICAN für das bisherige Engagement. Greenpeace sei eine inter-

nationale Organisation, was Vor- und Nachteile habe. Rücksichtnahmen sind z.B. auch für die türkische Organisation von Greenpeace notwendig, um diese vor Kriminalisierung zu schützen. Die Zusammenarbeit mit dem DGB und ver.di wird in Deutschland gesucht.

Weitere Greenpeace-Themen sind ungerechte Handelsabkommen, der Zusammenhang von Umwelt und Krieg sowie die EU-Rüstungspolitik.

Die vorhandenen 160 Greenpeace-Gruppen in Deutschland sollen zur Beteiligung an den Ostermärschen motiviert werden. Eine Mobilisierung ist auch für Büchel geplant.

Demgegenüber verwies im Abschlussplenum Michael Erhardt von der IG Metall Frankfurt-Rhein-Main darauf, dass die Diskussion über alternative Produktion bei derzeitigen Rüstungsbetrieben derzeit eher unter der Überschrift "Konsequenzen aus der Klimakrise" läuft. Was kann sinnvoll produziert werden?

Da als Kernaufgabe die Beschäftigungssicherung derzeit sehr im Vordergrund steht, besteht nach seiner Ansicht trotz guter Beschlüsse auf dem kürzlichen Kongress der IG Metall noch erheblicher friedenspolitischer Nachholbedarf.

Handlungsperspektiven

Mehrere Handlungsfelder für 2020 wurden auf dem Friedensratschlag klar abgesteckt: Gegen die Provokation des NATO-Manövers „Defender 2020“ sind eine Vielzahl regionaler Aktivitäten im ersten Halbjahr kreativ zu planen.

Die weitere Verankerung von Umweltthemen und die Zusammenarbeit mit „Fridays for Future“ wird einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch erfordern. Andere Initiativen werden sich mit Wirtschaftssanktionen und Handelskriegen befassen. Nicht zuletzt muss sich die Friedensbewegung auch den verstärkten Angriffen auf die Zivilgesellschaft durch Aberkennungen der Gemeinnützigkeit stellen, wie zuletzt gegen die VVN-BdA gerichtet.

Durch mehrere Einzelbeiträge im Plenum wurde betont, dass der Kampf um die Durchsetzung des Atomwaffenverbotsvertrages im nächsten Jahr mit selbiger Intensität fortgesetzt werden muss.

Großdemo gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München



(Auszug aus dem Aufrufertext)

Alles muss sich ändern! Nein zu Krieg und Umweltzerstörung!

Vom 14. bis zum 16. Februar findet die „Münchner Sicherheitskonferenz“ (Siko) statt. Dort treffen sich Staats- und Regierungschefs mit Vertretern von Großkonzernen und der Rüstungsindustrie, mit Militärs, Geheimdiensten und Politikern. Wenn sie von Sicherheit reden, geht es nicht – wie Konferenzleiter Wolfgang Ischinger behauptet – um die „friedliche Lösung von Konflikten“, nicht um die Sicherheit der Menschen hier und nicht um die Sicherheit der Menschen anderswo auf der Welt, sondern um die Vormachtstellung des Westens mit seinem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Mensch und Natur basiert. [...]

„Diese Wirtschaft tötet!“

Das ist wörtlich zu nehmen: Profitstreben und wirtschaftliche Erpressungspolitik zerstören ökonomische und ökologische Existenzgrundlagen. Rüstungsexporte und Waffenlieferungen entfalten eine vernichtende Wirkung. Die Kriege der NATO-Staaten dienen der Durchsetzung globaler

Macht- und Wirtschaftsinteressen. Sie kosten unzählige Menschenleben, verwüsten ganze Regionen der Erde, rauben künftigen Generationen die Lebensgrundlage und treiben die Menschen massenhaft in die Flucht. In vollem Bewusstsein dieser Folgen eskalieren die Vertreter der westlichen „Wertegemeinschaft“ weiter.

So hat beispielsweise US-Präsident Trump den INF-Vertrag über nukleare Mittelstreckenwaffen gekündigt und – mit Rückendeckung aller NATO-Staaten – eine neue Phase der atomaren Aufrüstung eingeleitet. Mit der Neustationierung von US-Mittelstreckenraketen in Europa, die keine Defensiv-, sondern Erstschlagwaffen sind, droht die Gefahr eines Atomkrieges in Europa.

Krieg, Ausbeutung und die Zerstörung der Umwelt sind die Ursachen für Flucht!

Schon jetzt – auch ohne atomare Kriegsführung – erleben wir, wie neben den zahlreichen Kriegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, insbesondere durch den Klimawandel, zur bedrohlichsten Fluchtursache wird. Deutschland ist viergrößter Waffen- und Rüstungsexporteur der Welt. Wer Fluchtgründe beseitigen will, darf zu Krieg, Ausbeutung und Umweltzerstörung und deren Ursachen nicht schweigen!

Alles muss sich ändern!

Wir stellen uns der herrschenden Politik entgegen, weil es Frieden nur demokratisch, sozial und ökologisch gibt. Alles muss sich ändern! Wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, in der die Interessen der Vielen und nicht die Profite der Wenigen im Mittelpunkt stehen. Unser Aktionsbündnis ist Teil der weltweiten Bewegung für Gerechtigkeit und Frieden. Wir lehnen jede militärische Drohung und jeden Angriffskrieg ab. Unser Protest richtet sich in erster Linie gegen die Bundesregierung, die sich im Rahmen der NATO an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen beteiligt. Mit der NATO wird es keine friedliche, gerech-

te und solidarische Welt geben. Eine solche Welt ist aber nötig und möglich. Lasst uns gemeinsam dafür aktiv werden!

Geht mit uns auf die Straße, um gegen die „Münchner Sicherheitskonferenz“ zu demonstrieren!

- Schluss mit dem brandgefährlichen Konfrontationskurs und dem Truppenaufmarsch gegen Russland. Statt Säbelrasseln braucht es Verhandlungen und zivile Konfliktlösung ohne Erpressung und militärische Drohungen. Frieden in Europa kann es nur mit und nicht ohne Russland geben.

- Der Aufrüstungswahnsinn muss beendet werden. Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Statt Milliardensummen für die militärische Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zu verschleudern, müssen unsere Steuergelder in die Sozialsysteme, in das Bildungswesen und in den Klimaschutz investiert werden.

- Deutschland darf keinerlei Beihilfe zu völkerrechtswidrigen Angriffskriegen leisten. Die US-Airbase Ramstein, die US-Truppenstützpunkte und alle anderen Kommandozentralen der USA und NATO in Deutschland müssen geschlossen werden.

- Schluss mit allen Rüstungsexporten! Die todbringenden Geschäfte der Waffenhändler und Kriegsprofiteure müssen eingestellt und unterbunden werden. Statt Hetze gegen Menschen zu dulden, die vor den mit deutschen Waffen geführten Kriegen fliehen, üben wir Solidarität mit den Geflüchteten.

- Deutschland darf sich nicht an der Atomkriegsstrategie der USA beteiligen. Die Bundesregierung darf die Stationierung von Mittelstreckenwaffen nicht genehmigen; sie muss die Stationierung der US-Atomwaffen verbieten und dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.

- Für die Einhaltung des Völkerrechts und die Stärkung der Vereinten Nationen (UNO) als Institution gemeinsamer Sicherheit.